

Zusammenfassung

ÖROK-SCHRIFTENREIHE NR. 190 – ÖREK-PARTNERSCHAFT „VIELFALT UND INTEGRATION IM RAUM“

Die Vielfalt innerhalb der Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten, ausdifferenzierten Lebensstilen und Lebenswelten spiegelt sich vor Ort in unseren Städten und Gemeinden wider. Vor allem Integrationsprozesse weisen immer auch räumliche Bezüge auf. Auf der einen Seite nehmen sich räumliche Planungen, Maßnahmen und Interventionen zwar bewusst konkreter räumlicher Fragestellungen an, auf der anderen Seite bleibt jedoch oftmals unberücksichtigt, dass diese aber auch direkten Einfluss auf die Gesellschaft vor Ort haben.

Im Mittelpunkt dieses vorliegenden Abschlussberichtes des zweijährigen Prozesses der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ steht die Auseinandersetzung mit Handlungsansätzen, Instrumenten sowie Gestaltungsmöglichkeiten einer diversitätsorientierten Raumentwicklung. Dabei wurde der Fokus auf integrationsrelevante Fragestellungen um eine diversitätsorientierte Betrachtungsweise erweitert. Dies umfasst die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen ebenso, wie die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der Lebensstile sowie auch die Veränderungen in den Haushalts- und Familienstrukturen.

Aktuelle Herausforderungen

Die Bedingungen städtischer und regionaler Politik haben sich in den letzten Jahren tief greifend verändert. Globale Einflüsse treffen auf lokale Gegebenheiten und beeinflussen diese stark. Die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft, eine zunehmend internationalisierte und individualisierte Gesellschaft wie auch der demografische Wandel beeinflussen sich gegenseitig und gewinnen an Relevanz bezogen auf eine nachhaltige Raumentwicklung.

Vor dem Hintergrund der steigenden gesellschaftlichen Diversität hat gerade die Stadt- und Regionalentwicklung auf diese Herausforderungen zu reagieren. Raumplanung und -politik müssen daher als Querschnittsdisziplin verstanden werden und sich neben den bisherigen, traditionellen Themen im

Kontext der räumlichen Konfigurationen, wie etwa die Wohn- und Siedlungsflächenentwicklung, der öffentliche Raum, die Mobilität und Infrastruktur, auch gleichermaßen mit Themen der sozialen Integration sowie der Einbeziehung von Impulsen zivilgesellschaftlichem Engagements befassen.

Eine Anerkennung und Berücksichtigung gesellschaftlicher Vielfalt (Vielfalt an Lebensstilen, Interessen, Fähigkeiten, Bedürfnissen, sozialen, familiären und beruflichen Hintergründen) – also die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse an einen Raum – erfordern einen verantwortungsvollen Umgang bezüglich der Raumentwicklung auf regionaler und lokaler Ebene. Die Berücksichtigung einer vielfältigen Gesellschaft mit verschiedensten Anforderungen und Wünschen im Kontext der Planung verlangt auch, dass sowohl Politik wie auch Verwaltung diese als Chance und Herausforderung zugleich erkennen. Neben dem klaren politischen Willen sind vor allem auch Konzepte gefragt, die Vielfalt als positive Resource begreifen.

Handlungsansätze – gesellschaftliche Vielfalt erfordert Vielfalt im Handeln

Es gibt keine vorgefertigten bzw. überall gleichermaßen anwendbaren Handlungskonzepte und Werkzeuge, wie planerisch mit einer vielfältigen Gesellschaft umgegangen werden kann bzw. soll. Situationsbedingt sind jeweils unterschiedliche Ausgangs- und Rahmenbedingungen gegeben, die deshalb oft individuelle Handlungsansätze und -maßnahmen erfordern. Vonseiten der Planungsinstanzen gilt es vor allem durch sorgfältig angelegte Prozesse die bestehenden Methoden und Werkzeuge innerhalb der Raumplanung zu ergänzen und deren Repertoire auszuweiten. Wissen muss generiert, Vorurteile müssen entkräftet und Verkrustungen in den Denkstrukturen müssen aufgebrochen werden. Nur so lassen sich notwendige Entwicklungs- und Erneuerungskräfte mobilisieren und es können neue Bündnisse und Kooperationsformen verschiedenster NutzerInnengruppen entstehen. Dies mit dem Ziel des Schaffens eines Raumes, der zu engagiertem Handeln einlädt.

Orientierung: Raumbezogene Integrationsagenden bedürfen eines klaren Commitments und strategischer Leitbilder

Trotz gemeinsamer Schnittfelder bzw. Schnittmengen existiert vonseiten der unterschiedlichen AkteurInnen in der Raumplanung bezogen auf die vielfältigen Integrationsagenden meist keine gemeinsame Raumvision. Daher sind koordiniertes und vernetztes Handeln längst noch keine Realität. Zu ausgeprägt ist die „Kultur“ unterschiedlicher Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.

Ein Blick auf die integrationspolitischen Aktivitäten in Österreich zeigt aber gleichermaßen, dass die Erarbeitung von Integrationsleitbildern zu einem wichtigen Anliegen der Städte und Regionen geworden ist. Ziel sollte es sein, dass diese Integrationsleitbilder zu strategischen Instrumenten der Raumentwicklung generiert werden. Sie können darauf ausgerichtet sein, unterschiedliche AkteurInnen von Politik, Verwaltung, Verbänden, Initiativen, NGOs etc. in ihren raumrelevanten Integrationsagenden miteinander zu vernetzen, deren Ziele aufeinander abzustimmen und letztlich deren Handeln zu koordinieren und politisch zu legitimieren.

Wissensbasis: Bestandsaufnahme muss über die Erhebung statistischer Daten hinausgehen

Viele Daten und Fakten werden im Rahmen von Statistiken, Plänen und Karten erfasst – wenngleich bezogen auf integrations- und diversitätsrelevante Fragestellungen meist auch nur sehr unzureichend. Weitgehend unbekannt bleibt aber, welche Erwartungen, Ziele, Wünsche und Hoffnungen die Menschen vor Ort an die Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben. Dies vor allem dann, wenn sich diese nur schwer mit tradierten Verhaltensmustern und Erwartungshaltungen verknüpfen lassen. Somit bleiben die Wertevielfalt und auch die Vielfalt an Lebensstilen im Rahmen von Planungsprozessen meist unerkannt und daher auch unberücksichtigt.

Eine quantitative Datenanalyse alleine reicht nicht aus, um die ethnisch-kulturellen Merkmale einer vielfältigen Gesellschaft wahrnehmen und begreifen zu können. Stattdessen braucht es vorurteilsfreie Betrachtungsweisen, die immer wieder neue Blickrichtungen einnehmen und die dazu verhelfen, den Raum in seiner Vielschichtigkeit zu lesen und ihn zu interpretieren. Es geht vorrangig darum, jene Potenziale wie auch Herausforderungen, welche die Handlungsfelder von Vielfalt und Integration mit sich führen, sichtbar zu machen und zu vermitteln. Statistische Daten können in diesem Zusammenhang nur

einen kleinen Teil des notwendigen Wissens abbilden. Darüber hinaus bedarf es offener Analysemethoden, wie z. B. Filmdokumentationen, Fotoreportagen, Interviews, wie auch partizipativer Prozesse vor Ort. Nur so kann es gelingen, den gesellschaftlichen Raum tiefgründiger wahrzunehmen und deuten zu können.

Die Zusammenhänge zwischen den formalen Planungsvorgaben, der gebauten Umwelt, dem sozialen Handeln, dem kulturellen Ausdruck und den handelnden AkteurInnen vor Ort gilt es, vordergründig sichtbar zu machen.

Planungsqualität: Fokus auf integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte lenken

Die klassischen planungsrelevanten Instrumentarien der Raumplanung sind breit gefächert und zielen vermehrt auf ordnungspolitische Fragen und Herausforderungen, beispielsweise in der Siedlungsentwicklung, ab. Planlogiken und -inhalte konzentrieren sich vor allem auf die Durchführung der gesetzlich normierten Verfahrensabläufe. Nur bedingt haben diese aber auch Aussagekraft und Wirksamkeit im Bereich der sozioökonomischen und/ oder kulturellen Prozesse.

Im Kontext der Verknüpfung von Integrations- und Raumpolitik rücken aber zusehends auch integrierte Konzeptansätze in den Fokus. Integrierte Konzepte zielen darauf ab, die verschiedenen sektoralen Raumpolitiken zueinander in Bezug zu setzen, um die verschiedenen Anliegen und Interessen unterschiedlicher AkteurInnen miteinander zu vernetzen. Nur so kann eine diversitätsorientierte Raumentwicklung ermöglicht werden. Integrierte Konzepte werden damit zu Querschnittskonzepten für die politische Verankerung von Zielen und die strategische Steuerung und Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen.

Zuständigkeiten: Schnittfeldmanagement als Aufgabe der öffentlichen Verwaltung verankern

Die Entwicklung integrierter Konzepte und Projekte ist von den unterschiedlichen Institutionen, Ressorts und AkteurInnengruppen abhängig, die in der Regel unterschiedlichen Handlungslogiken und Verfahren folgen. Im Rahmen einer integrationsrelevanten Raumpolitik kommt es darauf an, sektorale Planungen und Konzepte zusammenzuführen und die Handlungen der verschiedenen AkteurInnen im Sinne eines Schnittfeldmanagements aufeinander abzu-

stimmen. In den etablierten Verwaltungs- und Planungssystemen auf kommunaler und regionaler Ebene können entsprechend legitimierte und ressortübergreifende Koordinationsstellen die Abstimmung solcher querschnittsorientierter Aktivitäten in der Stadt- und Regionalplanung übernehmen. Auf kleinräumiger Ebene kann Gebietsbetreuung die Funktion der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft übertragen werden.

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement: von Betroffenen zu Mitwirkenden

Beteiligung wird zwar im planungstheoretischen wie auch im -praktischen Diskurs als wesentlich erachtet, oftmals stellt diese sich jedoch in der Praxis als anspruchsvolles Vorhaben dar.

Nur durch eine professionelle Prozessteuerung und die Offenheit sowie Beteiligung möglichst vieler AkteurInnen kann es gelingen, dass Engagement innerhalb und auch außerhalb des politisch administrativen Systems entstehen kann, damit sich auch eine von möglichst vielen getragene Verantwortung für den Stadt- bzw. Ortsteil entwickeln kann. Damit verbunden ist vielfach ein Umdenken in Fragen der Zielsetzung und Gestaltung von Beteiligungs- und Mitwirkungsprozessen, bei denen es zunehmend wieder darum gehen muss, aus Betroffenen oder KonsumentInnen von Planung wieder Mitwirkende oder Co-ProduzentInnen von Raum zu machen. Es zeigt sich, dass daraus wertvolle Chancen entstehen, die Verantwortung für das eigene Quartier und die Nachbarschaft zu übernehmen.

Aktives bürgerschaftliches Engagement ist wesentlich, um Prozesse und Projekte im Bereich einer diversitätsorientierten Raumentwicklung erfolgreich zu gestalten und umzusetzen.

Gerade auf der lokalen Ebene bedarf es daher neuer Zugänge, wie bürgerschaftliches Engagement geweckt und gefördert werden kann. Die Bereitstellung eines Quartiersbudgets kann dabei über die Eröffnung eines Mitspracherechts in der Mittelverwendung zu einem wichtigen Anreizinstrument werden. Gleichzeitig entstehen dadurch auch neue Formen und Qualitäten von Kooperationen, Netzwerken, der Kommunikation und des Zusammenlebens.

Lernprozesse: Lernen an und von guten Projekten

Programme und Pläne allein können nur schwer zivilgesellschaftliches Engagement initiieren und den

beteiligten AkteurInnen zu einem lang andauernden, verantwortungsvollen Handeln verhelfen. Um die Ziele einer integrativen Raumentwicklung auf lokaler, städtischer und auch regionaler Ebene zu binden, sind konkrete Projekte notwendig. Sie stellen den Impuls und Bezugspunkt zu einem strategischen Handeln und Engagement dar. Anhand von konkreten Projekten, beispielsweise in der Um- oder Neugestaltung öffentlicher Räume oder im Aufbau kultureller Stadtteilzentren, können die Potenziale und Mehrwerte des gemeinsamen Handelns und des Zusammenlebens veranschaulicht werden. Konkrete Projekte werden damit zu „Bühnen“ eines offenen Dialogs und eines (planungs-)kulturellen Lernprozesses aller Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. In dieser Bedeutung entfalten sie ihre Wirkung weit über den spezifischen lokalen Bezug hinaus.

Transfers: Handlungs- und Kommunikationsplattform als Fortsetzung und Verbreiterung des Diskurses

Lernen passiert meist an konkreten Projekten. Vielfach sind aber die Erfahrungen von Projekten nicht oder nur schwer zugänglich. Insofern kommt es darauf an, das Lernen an und von Projekten in einen strukturierten und übergreifenden Prozess einzubinden.

Trägerin von Projekterfahrungen, -informationen und des Diskurses kann eine Kommunikations- und Handlungsplattform sein, die eine Art Knoten- und (Zusammenführung und neuerliche Verteilung von Information) Schnittstellenfunktion sowie Ansprechpartnerin für das interne Netzwerk (Fachöffentlichkeit und erweiterte Öffentlichkeit) darstellt. Von daher erfolgt auch die Empfehlung zum Aufbau und zur Etablierung einer Bund-/Länder-Plattform in der Diskussion und Vermittlung von Erfahrungswissen einer diversitätsorientierten und integrationsrelevanten Raumentwicklung.

Die Vermittlung und der Austausch des gewonnenen Wissens und der Projekte an die Öffentlichkeit sind dabei wesentliche Kernthemen. Daneben geht es aber auch darum, die Möglichkeiten der Akquisition von Fördermitteln aufzuzeigen – beispielsweise durch eine handlungsbezogene Verknüpfung und Bündelung bereits vorhandener Förderprogramme unterschiedlicher MittelgeberInnen.

Übergeordnetes Ziel dieser offen und herausfordernd angelegten Handlungs- und Kommunikationsplattform ist es, den Umgang mit Vielfalt und Integration im Raum als breit angelegten kulturellen Prozess zu initiieren.